

Aktueller Forschungsschwerpunkt

In der Debatte über den Wandel von Staatlichkeit wird davon ausgegangen, dass durch Prozesse der Globalisierung eine Ausdifferenzierung von Staatlichkeit im Hinblick auf eine Akteursvielfalt und einer Mehrebenenstruktur stattfindet: Durch die Herausforderung der Globalisierung ist der Staat nicht länger allein in der Lage, die Bereitstellung von Kollektivgütern zu gewährleisten und ist daher auf die Kooperation mit anderen Staaten und Akteuren angewiesen. Aus einer funktionalistischen Perspektive wird zu diesem Zweck staatliche Souveränität auf einer höheren Ebene gebündelt und führt - durch institutionelle Eigendynamiken befördert – schließlich zu einer Delegation von Souveränität an internationale Organisationen und somit zum Verzicht auf nationalstaatliche Entscheidungskompetenzen. Die damit verbundene Annahme einer zunehmenden Verrechtlichung geht implizit von einer Hierarchie der verschiedenen politischen Entscheidungsebenen aus. Die Entstehung bilateraler Räume der Verrechtlichung geraten außerhalb des Blickfeldes oder aber werden als Bausteine gesehen, die in eine umfassende politische Ordnung der internationalen Beziehungen aufgehen.

Im Forschungsschwerpunkt des Lehrgebiets wird ebenfalls von einem Wandel von Staatlichkeit ausgegangen. Mit dem Konzept des transnationalen Wettbewerbsstaates wird allerdings aus einer kritisch-realistischen Perspektive den Fragen nachgegangen, wie und zu welchem Zweck institutionelle Räume staatlicher Politik, die auch als Governance-Räume bezeichnet werden können, entstehen, und wer die treibenden Kräfte sind. Unter transnational wird unter Rückgriff auf die Scale-Debatte der kritischen Geographie die Schaffung staatlicher Institutionen in einem Geflecht multiskalarer Räume verstanden, die nicht mehr an territoriale Grenzen des Nationalstaates gebunden sind und sich nicht einfach dem Völkerrecht unter- oder einer im Entstehen begriffenen, umfassenden politischen Ordnung zuordnen lassen. Der durch Governance-Räume entstehende Rechtspluralismus durchbricht dabei die bisherige Grenze zwischen internationalem öffentlichem und privatem Recht, und es besteht die Gefahr, dass institutionalisierte Formen demokratischer Entscheidungsfindung in Staaten immer stärker ausgehöhlt werden.

Projekt 1: Normen in der Außenhandelspolitik

Bilaterale Freihandelsabkommen der EU und der Vereinigten Staaten

(Prof. Dr. Behrens, Holger Janusch)

Im Laufe der neunziger Jahre tritt die EU mit fortschreitendem Integrationsprozess und der Ost-Erweiterung immer stärker als kohärenter Akteur in der Weltpolitik auf und gewinnt somit an Akteursqualität, was sich besonders in der Welthandelspolitik zeigt. Während die multilateralen Verhandlungen in der Doha Runde ins Stocken geraten sind, verfolgt die EU seit Ende der neunziger Jahre eine Handelsstrategie des Regionalismus und Bilateralismus und tritt damit verstärkt als Konkurrent der Vereinigten Staaten auf ausländischen Märkten auf. In der europäischen wissenschaftlichen Gemeinde wird schon lange über die Rolle Europas in der Weltpolitik diskutiert. In der Debatte wird vor allem der Frage nachgegangen, inwiefern sich die EU wegen ihrer Supranationalität in ihrer Zielsetzung und ihrem Verhalten von den modernen Nationalstaaten wie den Vereinigten Staaten, die auf ihrer Souveränität beharren, unterscheidet.

Ziel des Forschungsprojektes ist ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Debatte über die Rolle Europas in der Welthandelspolitik und zur Konstitutionalisierung im Rahmen der Global-Governance-Debatte zu liefern. Das Forschungsdesign sieht eine vergleichende Analyse von bilateralen Freihandelsabkommen der EU und der Vereinigten Staaten mit Ländern unterschiedlicher Regionen vor. Handelsabkommen bieten ein gutes empirisches Material für die Untersuchung, da neben der Norm der Liberalisierung andere unterschiedliche Normen, wie Menschenrechte, demokratische Prinzipien, Arbeits- und Umweltstandards, zwischen den Handelspartnern verhandelt werden. Neben einer Dokumentenanalyse der eigentlichen Vertragswerke, denen die Handelsabkommen zu Grunde liegen, werden die eigentlichen Verhandlungen und die Implementierung der Handelsabkommen untersucht.

Erste Experteninterviews wurden bereits während einer Forschungsreise in Lateinamerika in den Ländern Chile und Mexiko geführt. Interviewpartner waren hohe Beamten aus den Wirtschafts-, Außen-, Arbeits- und Umweltministerien der chilenischen und mexikanischen Administrative. Beide Länder haben jeweils ein Assoziierungsabkommen mit der EU und ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten vereinbart und bieten sich deshalb für einen Vergleich an. Außerdem trafen sich die Wissenschaftler mit Kollegen von chilenischen und mexikanischen Universitäten (finanziert vom DAAD und aus Mittel des Forschungstopfes des Rektorats der BUW; Laufzeit: bis Ende 2011).

Projekt II: Do BITs bite?

The Role of Bilateral Investment Treaties during Crisis (working title)

(Prof. Dr. Maria Behrens, Maria Gwynn)

Bilateral Investment Treaties (BITs) with a large number of approximately 2,600 treaties in force have become one of the most important bilateral economic agreement between developed and developing countries. BITs are the means to give companies investment security in countries with weak legal institutions and where juridical protection for investments is lacking. Thereby BITs are seen to give foreign companies incentives to invest in developing countries and thus lead to a rise of their wealth. This economic assumption gets more and more contested, because BITs do not affect the flow of foreign direct investments to signatory countries.

From a juridical point of view, BITs are a new phenomenon: BITs are negotiated between states, but the treaties allow companies to be a primary party to the treaty as investors and to sue a host state in the case of violation. Furthermore, a dispute is not resolved at the national level, but with international commercial arbitration on international level. So the former boundaries between national/international and public/private become blurred and this affects state's sovereignty. In economic or financial crises, this investment architecture can have grievous consequences. For example: the financial crises in Argentina of 2001-2002 forced the country to take emergency measures. As a result of this, dozens of claims against Argentina were submitted by foreign investors, who contributed in dynamiting the crisis and endangered bringing the country to bankruptcy. Our research question is how much developing countries are affected by the crises since 2008? Do they have still the political capacity to handle the crisis or would they need further input from developed countries? (Start: Juli 2011, Einreichung eines Projektantrages bis Ende 2012 geplant).